



# BMHS – Gewerkschaft

der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen

1080 Wien, Strozzigasse 2/4.Stock, Tel. (01) 533 63 35, Fax Dw. – 20,

Mailadresse: [office.bmhs@goed.at](mailto:office.bmhs@goed.at)

ZVR-Nr. 576439352

---

per Mail: [POST@II1.bmwfj.gv.at](mailto:POST@II1.bmwfj.gv.at)

An das  
Bundesministerium für  
Wirtschaft, Familie und Jugend  
z.Hd. Frau SC<sup>in</sup> Dr. Ingrid NEMEC  
Franz-Josefs-Kai 51  
1010 Wien

Wien, 11. November 2010  
Rai/Eß/ZI.411/10

*Stellungnahme zu BMWFJ-510101/0008-II/1/2010*

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird;**

Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Frau SC<sup>in</sup> Dr. Nemeč!

Die BMHS-Gewerkschaft lehnt den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, entschieden ab und begründet dies wie folgt:

1.

Die Schülerinnen und Schüler legen an den berufsbildenden höheren Schulen zusätzlich zur Reifeprüfung auch eine Diplomprüfung ab. Diese Höherqualifikation wird auch im NQR ihre Berücksichtigung finden. Die Ausbildung endet daher erst nach dem 13. Schuljahr.

Die Schülerinnen und Schüler, die im Anschluss an eine BHS ein Studium absolvieren, erleiden durch die geplante Neuregelung der Familienbeihilfe einen erheblichen Nachteil. Die geplante Maßnahme würde nämlich bewirken, dass Absolventinnen und Absolventen einer BHS ein Jahr kürzer für das Studium zur Verfügung hätten als jene eines Gymnasiums, um während des Bezuges der Familienbeihilfe das Studium zu beenden. In der universitären Realität ist dies auf Grund der derzeit vorliegenden Rahmenbedingungen an den Universitäten nahezu nicht durchführbar.

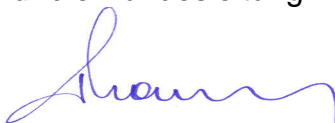
Die BMHS-Gewerkschaft fordert daher, dass Absolventinnen und Absolventen einer BHS die Familienbeihilfe zumindest bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs beziehen, um allen jungen Menschen dieselben Voraussetzungen für das Studium garantieren zu können.

2.

§ 8 Abs. 8 FLAG Familienbeihilfe für September

Die BMHS-Gewerkschaft fordert, dass die geplante Regelung für die gesamte schulische Ausbildung (d.h. inkl. Sekundarstufe II) zur Anwendung kommt. Damit würden die Eltern der Kinder, die eine Ausbildung im Bereich z.B. der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen absolvieren, finanziell entlastet werden. Die geplante Maßnahme trägt aus Sicht der BMHS-Gewerkschaft nicht dem allgemeinen politischen Wunsch nach einer Höherqualifizierung von jungen Menschen Rechnung.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen  
für die Bundesleitung<sup>14</sup>



HR Prof. MMag. Jürgen Rainer  
Vorsitzender

Kopie an: Präsidium des Nationalrates ([begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at))  
GÖD Zentralsekretariat ([zentrasekretariat@goed.at](mailto:zentrasekretariat@goed.at))